

Politik abseits der Parteien

– Wer partizipiert warum in einer kommunalen Wählergemeinschaft? –

Michael Angenendt, M.A.¹

Einleitung

Wählergemeinschaften haben sich in den vergangenen Jahrzehnten auf kommunaler Ebene zu ernsthaften Konkurrenten gegenüber den Parteien entwickelt, mancherorts dominieren sie gar den politischen Wettbewerb (Reiser et al. 2008: 124). So stellen die in den Landesverbänden der FREIEN WÄHLER organisierten Wählergemeinschaften, die nur einen Teil des Spektrums Parteifreier² abdecken, mit einer geschätzten Zahl von 280.000 allein mehr Mitglieder als Linke, Grüne, FDP und Piraten zusammen (Grein 2007). Die Parteienforschung hielt sich bis zum Ende der 1990er Jahre jedoch bei der Erforschung des Phänomens eher bedeckt; bis dato entstanden lediglich einzelne Regionalstudien (vgl. Grundmann 1960; Vogel 1960; Stockinger 1975; Gabriel 1991). Eine erste bundesweit angelegte Studie fokussierte sich auf die Präsenz- und Erfolgsbedingungen der Wählergemeinschaften sowie das Rollenverständnis parteifreier Ratsmitglieder (u.a. Holtmann 2012; Reiser 2006). Der vorliegende Beitrag verschiebt den Fokus der Betrachtung und analysiert, wer sich warum in einer politischen Gruppierung abseits der etablierten Parteien engagiert. Damit werden drei Ziele verfolgt: Zum einen sollen empirisch fundierte Kenntnisse über die Mitgliederstruktur kommunaler Wählergemeinschaften erlangt werden. Die erkenntnisleitenden Fragestellungen beziehen sich diesbezüglich auf die sozialstrukturellen Merkmale der Mitglieder und mögliche Unterschiede zwischen den Parteifreien und den etablierten bundesdeutschen Parteien: Wer partizipiert? Unterscheiden sich Partei- und Wählergemeinschaftsmitglieder in ihren sozialstrukturellen Merkmalen? Zum anderen steht die Frage im Vordergrund, welche Anreizstrukturen den Beitritt in eine kommunale Wählergemeinschaft begünstigen: Welche Beitrittsmotive sind relevant und unterscheiden sich diesbezüglich Partei- und Wähler-

ergemeinschaftsmitglieder? Abschließend rückt das Partizipationsniveau in den Vordergrund: Welche Typen von Wählergemeinschaftsaktivisten lassen sich identifizieren und worin unterscheiden sie sich?

Der vorliegende Beitrag knüpft an die bisherige Forschung zu den Beitrittsmotiven und dem Aktivitätsniveau der Mitglieder politischer Parteien an und greift bestehende Forschungslücken auf: Das empirische Augenmerk auf kommunale Wählergruppen ermöglicht die Prüfung, ob die bisherigen Ergebnisse bezüglich der Ursachen verfasster politischer Partizipation (Laux 2011; Klein 2006; Whiteley/Seyd 1996; Whiteley et al. 1993) auch dann Gültigkeit besitzen, wenn sich bestimmte Anreizstrukturen von denen der Parteimitglieder unterscheiden. So fehlt es den Mitgliedern kommunaler parteifreier Gruppierungen aufgrund ihres begrenzten Aktionsradius insbesondere an der Möglichkeit, durch ihr Engagement bundespolitische Entscheidungen zu beeinflussen sowie Ämter und Mandate auf Landes- und Bundesebene zu erlangen. Gemeinhin wird zudem postuliert, dass Wählergruppen sich durch das Fehlen einer politischen Ideologie und der Orientierung an einer pragmatischen Entscheidungsfindung kennzeichnen, da die Relevanz von Ideologie und Parteipolitik in der Kommune vergleichsweise gering ausgeprägt sei (Holtmann 2012: 36-37).

Der Beitrag gliedert sich wie folgt: Zu Beginn werden die relevanten Theorien zur Erfassung politischer Partizipation skizziert. Im empirischen Teil erfolgt zunächst die deskriptive Übersicht des Sozialprofils von Parteimitgliedern und Parteifreien, anschließend der Vergleich beider Gruppen bezüglich relevanter Beitrittsmotive. Diese werden für die Mitglieder kommunaler Wählergemeinschaften anschließend getrennt nach Städtegrößenklassen dargestellt. Abschließend werden mittels Clusterzentrenanalyse Partizipationstypen für die Mitglieder der Wählergemeinschaften ermittelt. Zur Prüfung der Forschungsfragen liegt eine 2015 durchgeführte repräsentative Studie mit über 850 Mitgliedern kommunaler Wählergemeinschaften in Deutschland vor. Die Datenbasis umfasst insofern das gesamte Spektrum von politisch links bis rechts orientierten Wählergemeinschaften³. Der

¹ Der Verfasser ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Vergleich politischer Systeme an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

² Die Begriffe (kommunale) Wählergemeinschaft, Wählergruppe und Parteifreie werden im Folgenden synonym verwendet. Eine ausführliche Diskussion über die angemessene Begrifflichkeit zur Erfassung kommunalpolitischer Gruppierungen findet sich bei Weeks (2008).

³ Die Studie wurde durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft finanziert (DFG Nr.: PO 370/10-1) und war am PRuF angesiedelt. Projektleiter war Prof. Dr. Thomas Poguntke. Da aufgrund der Vielzahl an Städten und Gemeinden keine Kenntnis über die genaue Größe der Grundgesamtheit aller in der Bundesrepublik existierender Wählergruppen existiert, wurde sich für die Anwendung eines disproportional geschichteten Klumpenstichprobenverfahrens entschieden. Die Disproportionalität der Stichprobe erwies sich als notwendig, da ansonsten der Anteil der Mittel- und Großstädte zu gering wäre, um verlässliche Aussagen für die Grundgesamtheit treffen zu können. Innerhalb

deskriptive Vergleich mit den Parteimitgliedern in der Bundesrepublik bezieht sich auf die 2009 durchgeführte Parteimitgliederstudie PAMIS (Spier et al. 2011).

Theoretische Annahmen zur Mitgliedschaft und Partizipation in einer politischen (Nicht-) Partei

Die theoretische Grundlage bildet der Ressourcenansatz sowie das generelle Anreizmodell (eigene Übersetzung nach Whiteley/Seyd 1996; Whiteley et al. 1993). Der Ressourcenansatz konzentriert sich auf die einem Individuum zur Verfügung stehenden finanziellen, kulturellen und sozialen Kapazitäten, die ein innerparteiliches Engagement begünstigen (Verba et al. 1978; Verba/Nie 1972). Die vorhandenen Ressourcen stellen demzufolge die Grundvoraussetzung für politische Partizipation dar. Zur Operationalisierung des Ansatzes wird sich im vorliegenden Beitrag auf die Geschlechterzugehörigkeit, den Bildungsstand, das Alter, den Erwerbsstatus sowie die Schichtzugehörigkeit gestützt. Der Ansatz beschränkt sich dadurch allerdings darauf, „zwar [...] [der Frage] nach dem ‚Können‘ [...] [nachzugehen], nicht aber der Frage nach dem tatsächlichen ‚Tun‘“ (Klein 2006: 37). So berücksichtigt beispielsweise ein formal hoher Bildungsstand die kognitiven Kapazitäten beziehungsweise die kulturellen Fähigkeiten eines Individuums, lässt jedoch unbeantwortet, warum diese Fähigkeiten ausgerechnet für das Engagement in einer politischen Gruppierung genutzt werden sollten. Alternativ könnte sich der Einzelne bei vorhandener hoher Ressourcenausstattung auch abseits der Politik oder Zivilgesellschaft engagieren. Es fehlt folglich eine Entscheidungsregel, die Auskunft über die Präferenzen eines Akteurs gibt.

der ausgewählten Städte wurden die Kontaktadressen sämtlicher Wählergemeinschaften recherchiert, die bei der jeweils letzten Kommunalwahl kandidierten. Ein ‚Klumpen‘ wird insofern in der Stichprobe durch die Mitglieder der Wählergruppen in einer Stadt oder Gemeinde gebildet. Insgesamt beteiligten sich von den 189 Wählergemeinschaften, die zuvor Auskunft über ihre Mitgliedszahlen gaben, 124 Wählergemeinschaften mit insgesamt 866 Mitgliedern. Die Ausschöpfungsquote beträgt gemessen an der Zahl der versandten Fragebögen (6.717) 13 Prozent und ist vergleichbar mit der anderer Studien im Bereich der lokalen Politikforschung (vgl. u.a. Holtkamp et al. 2015). Da die Vorsitzenden der Wählergruppe gebeten wurden, die Zahl ihrer Mitglieder mitzuteilen und nicht explizit die Zahl der potenziell erreichbaren Mitglieder, dürfte die Ausschöpfung bezogen auf die tatsächlich erreichbaren Mitglieder höher ausgefallen sein. Zudem sollte berücksichtigt werden, dass aufgrund des Befragungsmodus primär diejenigen erreicht wurden, die aktiv an der Arbeit des lokalen Verbandes teilnehmen. Da dies jedoch den einzig möglichen Feldzugang darstellte, musste ein solcher Bias in Kauf genommen werden. Die gesamte Feldarbeit der schriftlichen Befragung erfolgte in Anlehnung an die Total-Design-Method von Dillman (Dillman 1978, 2006), wobei die Intervalle an die Bedingungen des besonderen Feldzuges angepasst wurden.

Neben dem Ressourcenansatz erweist sich daher das generelle Anreizmodell als einflussreich. Das Modell orientiert sich an einer weiten Variante der Rational Choice und identifiziert sieben Anreizmuster, die für den Eintritt in eine politische Partei als zentral erachtet werden (ebd.). Die Differenzierung berücksichtigt, dass gemäß der engen Variante der Rational Choice die politische Aktivität des Einzelnen insignifikant für das Implementieren politischer Beschlüsse ist: „[...] in practice the individual is unlikely to make any significant contribution to winning an election or changing national policy outcomes“ (Whiteley/Seyd 1996: 218). Das Paradox politischer Partizipation (ebd.; eigene Übersetzung), beziehungsweise allgemeiner formuliert als Problem kollektiven Handelns (Olson 1968), nimmt daher einen prominenten Platz in der Literatur zur (innerparteilichen) politischen Partizipation ein. Soll nichtsdestotrotz an der Annahme rationalen Handelns festgehalten werden, bieten sich verschiedene Lösungsstrategien zur Überwindung des theoretischen Dilemmas an. Das generelle Anreizmodell (Whiteley/Seyd 1996; Whiteley et al. 1993) weitet den Fokus der Betrachtung und berücksichtigt, dass neben der Etablierung des Kollektivguts ‚Implementierung politischer Gesetze auf Bundesebene‘ weitere Anreizfaktoren ausschlaggebend für den Akteur sein können (vgl. Nonnenmacher/Spier 2014: 372). Die Anreizfaktoren werden im Folgenden kurz dargestellt:

(1) Selektive, ergebnisbezogene Anreize fokussieren individuelle Vorteile, die durch die Mitgliedschaft in einer politischen Gruppierung entstehen. Empirisch sind diesbezüglich berufliche Vorteile sowie das Interesse an einem Parteiamt oder einem öffentlichen Mandat zu nennen. Die genannten Ziele lassen sich durch individuellen Einsatz beeinflussen und sind insofern als privates Gut zu betrachten. Die Erlangung eines Parteiambtes durch einen Akteur schließt beispielsweise aus, dass eine weitere Person das gleiche Amt zur gleichen Zeit innehat. Die aktive Mitgliedschaft in einer kommunalen Wählergemeinschaft oder dem Ortsverband einer politischen Partei kann zudem durch die Erlangung von Aufsichtsratspositionen, beispielsweise in kommunalen Unternehmen, berufliche und damit auch finanzielle Vorteile bereithalten. Im Gegensatz dazu unterscheiden sich (2) selektive, prozessbezogene Anreize durch den Fokus auf den Prozess innerparteilicher Partizipation. Die dadurch erlangten Vorteile generieren sich ebenfalls durch das aktive Engagement, allerdings wird das Engagement hier zum Selbstzweck. Der Anreiz zur Partizipation liegt folglich nicht in der Durchsetzung politischer Ziele, sondern in dem intrinsischen Mehr-

wert eines vertieften Verständnisses politischer Zusammenhänge, dem Kennenlernen neuer Personen oder allgemein an der Freude, sich politisch zu betätigen. Beide Anreizfaktoren lassen sich potenziell durch die Aktivität in einer beliebigen Partei oder Wählergruppe realisieren. Die Entscheidung zur Partizipation in einer bestimmten politischen Gruppierung wird hingegen durch (3) ideologische Anreize abgedeckt. Dahinter verbirgt sich der Wunsch, die politische Ausrichtung einer Partei oder Wählergruppe in die individuell präferierte Richtung zu lenken beziehungsweise allgemein eine bestimmte politische Ideologie zu unterstützen. Expressive Anreize (4) erlangen Relevanz, wenn der Einzelne seine Sympathie gegenüber eindrucksvollen Persönlichkeiten oder für die Partei oder Wählergruppe im Allgemeinen bekunden möchte. Im Gegensatz zu den bisherigen Faktoren unterscheidet sich der expressive Anreiz insbesondere mit Blick auf die möglichen Folgen für das innerparteiliche Engagement: Eine starke Parteiidentifikation und der Wunsch, diese durch eigene Handlungen zu bekräftigen, kann sich in der Wahl der entsprechenden Partei (vgl. Brennan/Hamlin 2000; Brennan/Buchanan 1984) oder der Mitgliedschaft in dieser Partei (Whiteley/Seyd 1996: 220) manifestieren. Eine darüber hinausgehende politische Partizipation ist damit nicht notwendigerweise verbunden, da der Nutzen bereits durch die Mitgliedschaft realisiert wird. (5) Kollektive politische Anreize beziehen sich hingegen auf das Interesse, politische Inhalte auch durchzusetzen. Dieses kann sich in dem Wunsch der Stärkung bestimmter politischer Ideologien oder allgemein in der Stärkung des Einflusses einer bestimmten Partei oder Wählergruppe äußern. Insbesondere dieses Anreizbündel kennzeichnet sich daher durch das von Olson (1968) beschriebene Kollektivgutproblem. Darüber hinaus bestimmen auch soziale Normen das Handeln eines Akteurs. Aus Sicht der Rational Choice lassen sich die Erwartungen, beziehungsweise der Wille anderer Akteure, als soziale Kosten begreifen, die unter gewissen Umständen reduziert werden sollen. Das generelle Anreizmodell bezieht daher auch (6) normative Anreize ein. Demgemäß kann, wenn entsprechend hohe Erwartungen von Seiten der Familie oder des Freundeskreises bestehen, ein Beitritt schlicht aus dem Wunsch resultieren, dem Druck des engeren sozialen Umfelds nachzugeben. Letztlich werden auch (7) altruistische Anreize einbezogen. Diese kennzeichnen den Wunsch, durch das eigene Handeln seinen Anteil zum Erhalt der Funktionsfähigkeit der Demokratie zu leisten.

Wer partizipiert? Sozialstrukturelle Merkmale von Parteifreien und Parteimitgliedern im Vergleich

Zunächst ist die Frage zu stellen, welche sozialstrukturellen Merkmale die Mitglieder kommunaler Wählergemeinschaften kennzeichnen. Wählergemeinschaften besitzen in der Bundesrepublik nicht den Status einer politischen Partei (Merten 2012; Morlok/Merten 2011) und präsentieren sich als Alternative zu den klassischen Formen politischer Organisation und Partizipation (Holtmann et al. 2012; Göhlert et al. 2008). Unbeantwortet blieb bislang jedoch, ob der Status als kommunale Nicht- oder Anti-Partei auch dazu führt, dass andere Bevölkerungsgruppen sich mehr zu Wählergemeinschaften hingezogen fühlen als dies bei Parteien der Fall ist.

Tab. 1: Sozialprofil der Mitglieder von Parteien und Wählergemeinschaften im Vergleich

	Wähler- gemeinschaft	Politische Partei
Geschlecht		
<i>Mann</i>	71,5	73,0
<i>Frau</i>	28,5	27,0
Alter		
<i>bis 34 Jahre</i>	4,7	8,0
<i>35-49 Jahre</i>	22,2	19,0
<i>50-64 Jahre</i>	46,5	33,0
<i>65-79 Jahre</i>	24,5	32,0
<i>80 Jahre und älter</i>	2,1	8,0
Bildung		
<i>Höchstens Hauptschulabschluss</i>	18,2	24,0
<i>Mittlere Reife</i>	27,5	23,0
<i>(Fach-)Abitur</i>	16,8	14,0
<i>(Fach-)Hochschulabschluss</i>	37,5	39,0
Schichtzugehörigkeit		
<i>Unterschicht</i>	0,7	2,0
<i>untere Mittelschicht</i>	14,7	15,0
<i>mittlere Mittelschicht</i>	54,4	52,0
<i>obere Mittelschicht</i>	26,2	24,0
<i>Oberschicht</i>	1,7	2,0
<i>keiner dieser Schichten</i>	2,3	6,0
Berufsgruppen		
<i>Arbeiter</i>	11,3	11,0
<i>Angestellte</i>	30,7	29,0
<i>Beamte/Angestellte öffentl. Dienst</i>	34,0	35,0
<i>Selbstständige</i>	18,1	20,0
<i>Akadem. freie Berufe/Freiberufler</i>	6,0	6,0

Quelle: Eigene Berechnung für Wählergemeinschaftsmitglieder (gewichtete Daten, n = 808); Sozialstrukturelle Faktoren der Parteimitglieder aus Klein 2011: 39-59; Alle Angaben in Prozent.

Insgesamt zeigt sich eine weitgehende Übereinstimmung im Sozialprofil von Parteimitgliedern und Parteifreien. Bei der Interpretation der Ergebnisse gilt es jedoch zu beachten, dass die beiden Umfragen zeitversetzt durchgeführt wurden. Die Parteimitgliederstudie PAMIS im Jahr 2009, die Wählergemeinschaftsstudie erst 2015. Da für die deutschen Parteimitglieder derzeit keine aktuelleren Daten vorliegen, muss dieses methodische Manko in Kauf genommen werden⁴.

Sowohl bei den deutschen Parteien als auch Wählergemeinschaften ist knapp jedes vierte Mitglied weiblich. Der geringe Frauenanteil bei den etablierten Parteien spiegelt sich demnach auch in den kommunalen Nicht-Parteien wider. Hinsichtlich der Altersstruktur zeigen sich Unterschiede mit Blick auf die verschiedenen Alterskohorten: Acht Prozent der Parteimitglieder waren 2009 34 Jahre oder jünger. In den Wählergemeinschaften sind dies 2015 unter fünf Prozent. Der Anteil der 35- bis 49-Jährigen unterscheidet sich hingegen kaum. Etwa jedes fünfte Mitglied fällt in diese Alterskategorie. Bemerkenswert ist der Anteil der 50- bis 64-Jährigen bei Wählergemeinschaften. Fast die Hälfte der Befragten finden sich in dieser Kategorie wieder. Bei den Parteien ist es hingegen nur jedes dritte Mitglied. Während zudem nur jedes vierte Wählergemeinschaftsmitglied älter als 65 Jahre ist, trifft dies auf 40 Prozent der Parteimitglieder zu. Im Resümee kennzeichnen sich Wählergemeinschaften daher durch eine vergleichsweise jüngere Mitgliederstruktur als Parteien.

Bezüglich des Bildungsabschlusses gleichen sich Parteifreie und Parteimitglieder weitgehend. Ein Unterschied von knapp sechs Prozentpunkten findet sich bei den Befragten mit Hauptschulabschluss wieder. Während knapp jedes vierte Parteimitglied einen Hauptschulabschluss besitzt, sind es bei den Mitgliedern kommunaler Wählergemeinschaften circa 18 Prozent. Im Gegensatz dazu besitzen die Parteifreien häufiger die mittlere Reife und das (Fach-)Abitur. Der Anteil an Hochschulabsolventen gleicht sich in etwa.

Sowohl Parteimitglieder als auch Parteifreie ordnen sich selbst meist der Mittelschicht zu (jeweils über 90 Prozent). Knapp die Hälfte aller Befragten sieht sich dabei in der mittleren Mittelschicht. Die Prozentpunktdifferenzen schwanken auf sehr niedrigem

Niveau (zwischen 0,3 und 2,4 Punkten), sodass insgesamt keine nennenswerten Unterschiede bestehen. Auffällig ist hingegen, dass sich Parteimitglieder seltener einer der Schichten zuordnen können als Parteifreie. Ein Vergleich der Berufsgruppen untermauert ebenfalls die sozialstrukturellen Gemeinsamkeiten. Die Differenzen liegen hier bei maximal 2 Prozentpunkten, sodass von einer weitgehenden Übereinstimmung gesprochen werden kann.

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass sich Wählergruppen zwar bezüglich ihres rechtlichen Status (Nicht-Partei vs. Partei) und des Aktionsradius (kommunal vs. national) von den Parteien unterscheiden, die weitgehenden Übereinstimmungen im Sozialprofil aber deutlich zeigen, dass sich die Mitglieder hinsichtlich ihrer sozialen Verankerung weitgehend gleichen.

Welche Anreizstrukturen sind für den Beitritt in eine (Nicht-) Partei relevant?

Im Folgenden steht zunächst im Fokus der Betrachtung, ob sich die Beitrittsmotive zwischen Parteifreien und Parteimitgliedern ebenfalls ähneln und welche Anreize besondere Relevanz besitzen. Anschließend werden die Beitrittsmotive der Parteifreien eingehender untersucht, indem die Ergebnisse nach Städtegrößenklassen aufgeschlüsselt werden.

Zur Erhebung der Beitrittsmotive wurde sich auf das in Abschnitt 2 beschriebene generelle Anreizmodell (Whiteley/Seyd 1996; Whiteley et al. 1993) bezogen⁵. Augenfällig ist auch die Ähnlichkeit zwischen den Angaben beider Gruppen (Tabelle 2). Kollektive politische Anreize stellen das wichtigste Beitrittsmotiv für Parteifreie und Parteimitglieder dar. Allerdings wird der Wunsch, sich für die Ziele der Wählergemeinschaft einzusetzen und den Einfluss der Gruppe beziehungsweise deren politische Ziele zu stärken, durchschnittlich von Parteifreien als wichtiger erachtet. Folgender Erklärungsvorschlag lässt sich anführen: Da Wählergemeinschaften im Gegensatz zu Parteien einen ausschließlich kommunal begrenzten Aktionsradius aufweisen und in der Regel keine übergeordneten Strukturen, wie beispielsweise ein Landes-

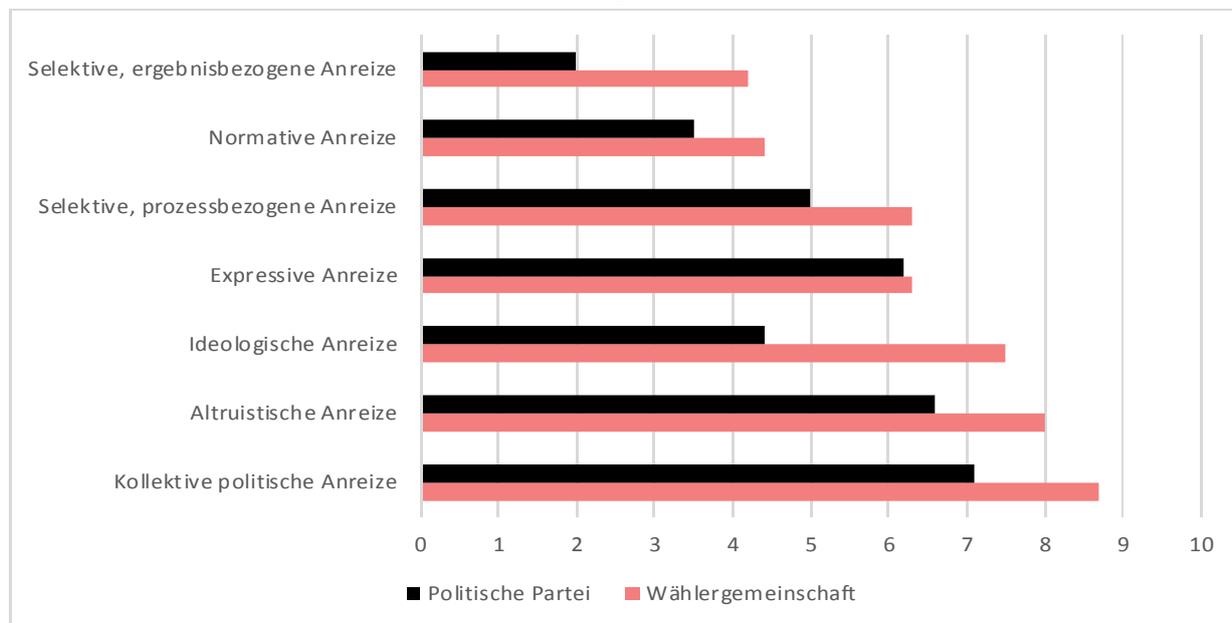
⁴ Die angegebenen Werte pro Spalte beziehen sich sowohl auf die Mitglieder der Parteien als auch Parteifreien insgesamt. Es sind daher keine Rückschlüsse auf das Sozialprofil der Mitglieder einzelner Parteien oder Wählergruppen möglich. Eine detaillierte Erläuterung der Datenerhebung für die Parteimitgliederstudie „PAMIS“ findet sich bei Markus Klein (2011: 31 ff.). Informationen zur Studie „Freie Wähler: Mitglieder, Identität und Organisation“ finden sich bei Walther/Angenendt (2016).

⁵ Eine detaillierte Beschreibung der Indikatoren findet sich für die Parteimitgliederstudie bei Laux (2011: 63). Die gleichen Indikatoren wurden für die Wählergemeinschaftsstudie verwendet. Tabelle 3 in diesem Beitrag listet die einzelnen Indikatoren auf. In beiden Studien wurde zur Messung jedes Indikators eine fünfstufige Likertskala mit den Ausprägungen 1 (sehr wichtig) bis 5 (überhaupt nicht wichtig) verwendet. Um die Vergleichbarkeit mit der Parteimitgliederstudie PAMIS zu gewährleisten, wurden die Indikatoren umgepolt und die Werte mit zwei multipliziert. Dieses Vorgehen gleicht dem von Laux (2011).

oder Bundesverband, existieren⁶, steigt die Wahrscheinlichkeit, durch individuelle Partizipation einen signifikanten Einfluss auf die Implementierung politischer Beschlüsse auszuüben. Die Möglichkeit zur direkteren Einflussnahme mag insofern den vergleichsweise höheren Zustimmungswert erklären⁷.

ten karriereorientierter Ziele sinkt (vgl. Klein 2006: 52). Letztlich mag sich die Parteifreiheit in einwohnerarmen Gemeinden nicht zwangsläufig aus Überzeugung, sondern aus Mangel an parteilichen Alternativen ergeben (Holtmann 2008). Ohne Wählergruppen könnte die politische Selbstverwaltung dort nicht

Tab. 2: Beitrittsmotive der Parteifreien und Parteimitglieder



Quelle: Eigene Berechnung für Wählergemeinschaftsmitglieder (gewichtete Daten, n = 826); Beitrittsmotive der Parteimitglieder aus Laux 2011: 65; alle Angaben jeweils Mittelwert; Mehrfachantworten möglich

Als zweitwichtigstes Beitrittsmotiv nennen Mitglieder beider politischen Organisationsformen altruistische Anreize. Die starke Betonung mag teilweise das Resultat sozialer Erwünschtheit darstellen, gehört es doch zum normativen Ideal, dass Politiker sich nicht von Karriereambitionen, sondern Idealen leiten lassen sollen (Borchert 2003: 164-166). Allerdings ist es wenig plausibel, dadurch allein die hohen Zustimmungswerte zu erklären. Darüber hinaus ist im Querschnitt nicht erkennbar, ob die Relevanz altruistischer Anreize – vor allem mit Blick auf die jüngere Generation – zunehmend aufgrund voranschreitender Individualisierung (Beck/Beck-Gernsheim 1994), abnehmender Parteimitgliederzahlen (van Biezen/Poguntke 2014) und sinkender Wahlbeteiligung (Kleinhenz 1995) zugun-

aufrechterhalten werden. Trifft die These zu, sollten altruistische Anreize insbesondere für die Parteifreien in Land- und Kleinstädten eine hohe Bedeutung aufweisen. Darauf wird im nächsten Abschnitt einzugehen sein.

Ideologische Anreize werden von den Parteifreien an dritter Stelle genannt, von den Parteimitgliedern an fünfter. Die Differenz kann methodisch oder strukturell begründet sein: Für die Messung in der Parteimitgliederstudie PAMIS wurde auf zwei Items zurückgegriffen, in der Wählergemeinschaftsstudie auf ein Item. Aufgrund des begrenzten Aktionsradius der Wählergemeinschaften existieren keine etablierten ideologischen Flügel. Ob ein solcher durch die Mitgliedschaft gestärkt werden soll, wurde daher für Parteifreie nicht erhoben. Das verbleibende Item zur Messung ideologischer Anreize fragt nach dem Interesse, den politischen Kurs der Wählergemeinschaft zu beeinflussen. Wie bereits für die kollektiven politischen Ziele diskutiert, kann die politische Ausrichtung einer Wählergemeinschaft eher beeinflusst werden als der Kurs einer bundesweit agierenden politischen Partei.

⁶ Als Ausnahme sei auf die Freien Wähler verwiesen, die als Wählergemeinschaft Mitglied in einem Landesverband sein können und zunehmend auch als Partei auftreten und daher auch auf Landes- und Bundesebene partizipieren (vgl. Walther/Angenendt 2016).

⁷ Mit steigender Mitgliederzahl sollte allerdings die Bedeutung kollektiver politischer Anreize sinken, da zunehmend der eigene Einsatz im Ortsverband an Bedeutung verliert (vgl. Nonnenmacher/Spier 2014).

Expressive Anreize besitzen für die Mitglieder beider politischen Gruppierungen den gleichen Stellenwert. Da Wählergemeinschaftsmitglieder in der Regel im persönlichen Kontakt zu den Führungspersonlichkeiten ihrer Gruppierung stehen, zum Beispiel bei Mitgliedertreffen, stellt sich die Frage, ob die Unterstützung der gesamten Wählergruppe oder einzelnen Personen innerhalb der Gruppe gilt. Eine detaillierte Darstellung der Indikatoren erfolgt daher im nächsten Abschnitt.

Selektiv prozessbezogene Anreize, also der durch das Engagement vor Ort entstehende Nutzen, sind sowohl für Parteifreie als auch Parteimitglieder ähnlich bedeutsam. Das Anreizbündel stellt das viertwichtigste Beitrittsmotiv dar, wobei Parteifreie diesem Anreiz etwas mehr Relevanz beimessen. Der Einfluss von Familienmitgliedern und/oder Freunden als Beitrittsmotiv (altruistische Anreize) sowie selektive, ergebnisbezogene Anreize sind sowohl für Parteifreie als auch Parteimitglieder mäßig relevant. Beide Motive werden jedoch von Wählergemeinschaftsmitgliedern höher gewichtet als von Parteimitgliedern. Ergebnisbezogene Anreize werden von den Mitgliedern beider Gruppierungen zuletzt genannt, sie sind für den Beitritt also kaum relevant. Dennoch unterscheiden sich beide Gruppen. Für Parteifreie ist der durch die Mitarbeit in der Wählergruppe entstehende Vorteil – in Prozentpunkten ausgedrückt – doppelt so wichtig wie für Parteimitglieder (4,2 vs. 2,0). Sowohl für normative als auch ergebnisbezogene Anreize stellt sich die Frage, ob die Relevanz mit steigender Einwohnerzahl variiert. Denkbar ist, dass der soziale Druck in kleinen Städten aufgrund fehlender Anonymität stärker ist als in größeren. In Großstädten ist die Komplexität der politischen Entscheidungen vergleichsweise groß, sodass der Beitritt in eine politische Gruppierung einen nennenswerten Beitrag zur Steigerung des eigenen politischen Kompetenzbewusstseins leisten kann. Gestalten sich die kommunalen Probleme weniger komplex, verliert der Beitritt in eine politische Gruppierung für die Gewinnung politischer Informationen womöglich an Bedeutung.

Um eine differenzierte Betrachtung der Beitrittsmotive vorzunehmen, wird im Folgenden für die Mitglieder der Wählergemeinschaften, separiert nach Städtegrößenklasse, aufgezeigt, ob und inwieweit sich die Beitrittsmotive voneinander unterscheiden. Bestehende Forschungsergebnisse zu den Einstellungen der Parteifreien gegenüber kommunalpolitischen Prozessen verdeutlichen, dass Unterschiede zwischen einwohnerarmen und -starken Städten bestehen, diese sich aber nicht zwangsläufig auf die Par-

teifreien beschränken, sondern auch für Kommunalpolitiker der etablierten Parteien Gültigkeit beanspruchen (Holtkamp et al. 2015). Aufgrund der fehlenden Repräsentativität letztgenannter Befunde (ebd.: 10) sind jedoch weitere Studien notwendig, um die Belastbarkeit der Ergebnisse zu stärken. Mit Blick auf die Wahlerfolge kommunaler Wählergemeinschaften zeigen sich ebenso regionale Unterschiede (Holtkamp/Eimer 2006). Ob Differenzen auch hinsichtlich der Beitrittsmotive bestehen, lässt sich anhand der Ergebnisse in Tabelle 3 aufzeigen⁸.

Tabelle 3 zeigt deutlich, dass berufliche Vorteile für Parteifreie kein relevantes Beitrittsmotiv darstellen (maximal 2,6 Prozent Zustimmung). Die Betrachtung der einzelnen, für die Konstruktion der ergebnisbezogenen Anreize in Tabelle 2 verwendeten Indikatoren weist darüber hinaus darauf hin, dass die geringe Relevanz vorwiegend auf der marginalen Bedeutung beruflicher Vorteile basiert. Das Interesse an einem öffentlichen Mandat beziehungsweise an einem Amt innerhalb der Wählergemeinschaft ist vergleichsweise hoch, wobei ersteres den größeren Anreiz darstellt. In Land- und Kleinstädten ist der Wunsch zudem höher ausgeprägt als in Mittel- und Großstädten. Eine Erklärung dafür mag die objektiv höhere Chance für Parteifreie sein, in Städten mit geringer Einwohnerzahl ein solches Mandat auch tatsächlich zu erlangen, da kommunale Wählergemeinschaften tendenziell in kleineren Städten elektoral erfolgreicher sind (Holtmann 2012: 42-43).

Auch die Aufschlüsselung selektiver, prozessbezogener Anreize ermöglicht ein tieferes Verständnis der Beitrittsmotive: Das Interesse am Knüpfen neuer Kontakte ist im Gegensatz zur Informationsgewinnung über politische Prozesse und dem Spaß an der politischen Arbeit nur von geringer Bedeutung. Darüber hinaus ist ein deutlicher Anstieg der Relevanz politischer Informationsgewinnung bei steigender Einwohnerzahl zu beobachten. Dies stützt die These, dass insbesondere in Landstädten – aufgrund weitgehender Abwesenheit von Anonymität – Informationen über die kommunale Politik auch ohne den Beitritt in eine Wählergemeinschaft erlangt werden können.

Die Betrachtung der einzelnen Indikatoren zur Messung kollektiver politischer Anreize unterstreicht die insgesamt starke Bedeutung des Wunsches, durch den Beitritt in eine Wählergruppe eine bestimmte politische Richtung zu stärken. Unabhängig von der

⁸ Ein Vergleich zwischen Parteimitgliedern und Parteifreien ist nicht möglich, da bislang keine empirischen Daten zu den Beitrittsmotiven der Parteimitglieder getrennt nach Städtegrößenklassen vorliegen.

Tab. 3: Beitrittsmotive der Parteifreien nach Städtegrößenklasse*

		Land- stadt	Klein- stadt	Mittel- stadt	Groß- stadt
<i>Selektive, ergebnisbezogene Anreize</i>	Um berufliche Vorteile zu erlangen	1,8%	1,3%	2,6%	0,0%
	Aus Interesse an einem öffentlichen Mandat	28,0%	31,3%	26,5%	20,0%
	Aus Interesse an einem Amt innerhalb der Wählergemeinschaft	24,4%	17,8%	21,4%	20,0%
<i>Selektive, prozessbezogene Anreize</i>	Aus Spaß an der politischen Arbeit	53,0%	49,8%	54,8%	56,3%
	Um mich besser über Politik zu informieren	44,8%	53,1%	53,8%	60,0%
	Um mit netten Leuten zusammenzukommen	26,3%	33,5%	29,1%	35,7%
<i>Kollektive politische Anreize</i>	Um mich für die Ziele der Wählergemeinschaft einzusetzen	88,3%	86,7%	87,9%	93,3%
	Um den Einfluss der Wählergemeinschaft zu stärken	88,3%	92,0%	85,3%	100,0%
	Um mich für eine bürgernahe und sachgerechte Politik einzusetzen	94,5%	96,0%	94,0%	100,0%
<i>Normative Anreize</i>	Wegen des Einflusses von Familie und Freunden	15,5%	11,2%	12,9%	12,5%
<i>Altruistische Anreize</i>	Um meiner Verantwortung als Bürger(in) nachzukommen	80,1%	76,8%	71,8%	73,3%
<i>Ideologische Anreize</i>	Um den politischen Kurs der Wählergemeinschaft zu beeinflussen	70,6%	68,4%	58,1%	66,7%
<i>Expressive Anreize</i>	Wegen beeindruckender Persönlichkeiten in der Wählergemeinschaft	23,5%	37,9%	35,3%	33,3%
	Um meine Sympathie für die Wählergemeinschaft zu zeigen	55,1%	68,4%	65,8%	66,7%

Quelle: Eigene Berechnung, gewichtete Daten; n = 807; Angaben in Prozent. Jeweils Anteil der Befragten, die den Anreiz als „wichtig“ oder „sehr wichtig“ beurteilen.

* Landstädte weisen bis zu 1.000 Einwohner auf, Kleinstädte zwischen 1.001 und 5.000, Mittelstädte zwischen 5.001 und 100.000 und Großstädte mehr als 100.000.

Städtegrößenklasse benennen jeweils mehr als vier Fünftel die genannten Items als wichtig oder sehr wichtig für den Beitritt in eine Wählergemeinschaft. Normative Anreize sind demgegenüber nur gering ausgeprägt, da nur etwa ein Achtel den Einfluss von Familie und Freunden als bedeutsam bewerten. Allerdings zeigt sich die geringfügig stärkere Relevanz dieses Motivs in Landstädten. Der soziale Druck ist insofern in kleinen Städten stärker ausgeprägt. Ebenso sind altruistische Anreize in Landstädten von größerer Bedeutung als in den anderen Städtegrößenklassen. Der Befund ergänzt somit die vorhandenen Forschungsergebnisse zur Präsenz von Wählergruppen und Parteien in der Kommunalpolitik. Da es bereits rein rechnerisch in kleineren Städten und Gemeinden schwerer ist, genügend Einwohner zur Mitarbeit beziehungsweise zur Gründung eines Ortsverbandes einer politischen Partei zu gewinnen, nehmen Wählergruppen dort vielfach eine Ersatzfunktion ein.

Der Appell an die Bürgerpflicht des Einzelnen ist dort insofern besonders ausgeprägt und sinkt mit steigender Einwohnerzahl beziehungsweise steigender Zahl der etablierten politischen Parteien (vgl. dazu Holtmann 2012).

Ideologische Anreize verlieren, mit Ausnahme für die Mitglieder in Großstädten, zunehmend an Bedeutung. Da sich in größeren Städten auch potenziell mehr Mitglieder in einer Wählergemeinschaft engagieren, sinkt die Möglichkeit des Einzelnen, den politischen Kurs signifikant zu beeinflussen. Dies geht konform mit der These, dass bei steigender Mitgliederzahl das von Olson (1968) formulierte Kollektivgutproblem auftritt. Dem entgegen steht allerdings die nichtsdestotrotz hohe Bedeutsamkeit dieses Beitrittsmotivs.

Der Stellenwert expressiver Anreize variiert zwischen den verwendeten Indikatoren. Jeweils mehr als

ein Viertel der Befragten nennt beeindruckende Persönlichkeiten als wichtiges oder sehr wichtiges Beitrittsmotiv. Seine Sympathie gegenüber der Wählergemeinschaft insgesamt auszudrücken wird hingegen von mehr als der Hälfte aller Befragten als maßgeblich erachtet. Die geringsten Zustimmungswerte finden sich bei den Parteifreien in Landstädten. Es ist zu vermuten, dass es dort weniger die Sympathie als die Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung der kommunalen Selbstverwaltung ist, die Parteifreie zum Beitritt motiviert. Empirisch wird die These durch die Relevanz altruistischer Anreize gestützt: Wenn mangels vorhandener Ortsverbände der etablierten Parteien die Einwohner eine Wählergruppe gründen (müssen), dann ist weniger die Sympathie ein die Mitglieder aktivierender Impuls als vielmehr die Verantwortung als Bürger in der Kommune. Beeindruckende Persönlichkeiten motivieren die Parteifreien in Landstädten zudem deutlich seltener zum Beitritt als in größeren Städten. Die Mitglieder der Wählergruppe sind dem Einzelnen in kleineren Gemeinden wohlmöglich eher bekannt – mit ihren jeweiligen Stärken und Schwächen. Anerkennung wird daher eher denjenigen entgegengebracht, die einem medial aber nicht persönlich bekannt sind.

In den vorangegangenen zwei Abschnitten wurde zunächst analysiert, *wer* Mitglied in einer Wählergemeinschaft oder politischen Partei ist. Anschließend wurden die Beitrittsmotive von Parteifreien und Parteilichen betrachtet und für Parteifreie einer näheren Betrachtung unterzogen (*Warum* wird partizipiert?). Der folgende Abschnitt untersucht, welche Aktivitätstypen sich bei den Parteifreien identifizieren lassen (*Wie* wird partizipiert?).

Mitgliedertypen kommunaler Wählergemeinschaften

Die in Tabelle 4 abgebildete Typenbildung erfolgte mittels Clusterzentrenanalyse. In Anlehnung an die Typologie des Aktivitätsniveaus von Parteimitgliedern (Klein 2006: 54) wurden auch für die Mitglieder kommunaler Wählergemeinschaften die Antwortkategorien zunächst dichotomisiert, sodass den Ausprägungen „eher häufig“ und „sehr häufig“ der Wert „1“ zugewiesen wurde. Darauf aufbauend wurden mehrere Lösungen berechnet, wobei sich – vergleichbar mit den Partizipationstypen der Parteimitglieder – vier Cluster als inhaltlich am besten zu interpretieren erwiesen.

Tab. 4: Aktivitätsniveau der Mitglieder kommunaler Wählergemeinschaften nach Partizipationstyp

Innerparteiliche Aktivitäten	Ämter-orientierte Aktive	Geselligkeits-orientierte Aktive	Aktive Allrounder	Passive
Versammlungen der Wählergemeinschaft besucht	95,1	96,8	97,9	44,4
Bei Festen und anderen geselligen Veranstaltungen der Wählergemeinschaft mitgemacht	36,4	93,6	93,6	3,2
Plakate geklebt, Flugblätter und Informationsmaterial der Wählergemeinschaft verteilt	19,6	32,3	89,3	5,1
Bei der Organisation der politischen Arbeit der Wählergemeinschaft mitgeholfen	87,0	53,5	98,9	8,3
Ein Amt in der Wählergemeinschaft übernommen	93,5	5,7	94,7	6,7
Für ein öffentliches Amt kandidiert	81,1	31,2	88,7	22,7
Im persönlichen Gespräch neue Mitglieder geworben	18,5	10,8	69,5	4,8
Bei Bedarf zusätzlich Geld oder Sachwerte gespendet	23,2	13,9	54,3	5,1
Bei sozialen oder umweltpolitischen Aktionen der Wählergemeinschaft mitgemacht	37,0	40,8	85,5	10,2
Häufigkeiten (in %)	21,9	18,7	22,2	37,2
n	184	157	186	313

Quelle: Eigene Berechnungen; gewichtete Daten; Ergebnis der Clusterzentrenanalyse; Angegeben ist jeweils der Prozentanteil der Befragten, die mit „eher häufig“ oder „sehr häufig“ antworteten. Die untenstehenden Häufigkeiten in Prozent geben Auskunft über die Verbreitung des jeweiligen Typs.

Der erste Partizipationstyp wurde als ämterorientierte Aktive bezeichnet und findet sich ebenso bei den deutschen Parteimitgliedern wieder (vgl. Klein 2006: 53). Etwa jedes fünfte Mitglied (21,1 %) in einer deutschen Wählergemeinschaft ist diesem Typ zuzurechnen und kennzeichnet sich durch eine starke Fokussierung auf die Erlangung von Ämtern und Mandaten (93,5 beziehungsweise 81,1 Prozent). Dieser Aktivitätstyp besucht ebenfalls häufig die Versammlungen der Wählergemeinschaft (95,1 Prozent) und hilft bei der Organisation der politischen Arbeit vor Ort (87,0 Prozent). Wenn es das Ziel ist, Amt und Mandat zu erlangen, dann gehört dazu eine gewisse Bereitschaft, sich in der eigenen Wählergemeinschaft zu engagieren. Insofern verwundert der hohe Anteil der beiden letztgenannten Aktivitäten nicht, sondern verhält sich komplementär zu ersteren. Weitergehende Aktivitäten, wie die Teilnahme an geselligen Veranstaltungen oder das Kleben von Plakaten, werden hingegen von weitaus weniger Befragten dieses Partizipationstyps als (sehr) wichtig erachtet. Ein Engagement über die notwendige Aktivität zur Erlangung von Amt und Mandat hinaus findet daher seltener statt.

Die Bezeichnung des zweiten Typs, den geselligkeitsorientierten Aktiven, basiert ebenfalls auf der für Parteimitglieder vorgenommenen Bezeichnung (vgl. Klein 2006). Ebenso wie ämterorientierte Parteifreie besuchen sie häufig die Versammlungen der Wählergemeinschaft. Die Übernahme von Amt und Mandat besitzt für sie jedoch keinen großen Reiz (5,7 beziehungsweise 31,2 Prozent). Demgegenüber nehmen sie häufig an Festen und Veranstaltungen teil (93,6 Prozent), halten sich bei der Organisation der alltäglichen Arbeit aber eher zurück: Abgesehen von den passiven Wählergemeinschaftsmitgliedern beteiligen sich die geselligkeitsorientierten am wenigsten an der Gewinnung neuer Mitglieder (10,8 Prozent), dem Spenden von Geld oder Sachwerten (13,9 Prozent) und der Organisation der politischen Arbeit (53,5 Prozent). Mit Blick auf die Beitrittsmotive der Parteifreien liegt daher die These nah, dass insbesondere selektive, prozessbezogene Anreize ausschlaggebend für diesen Partizipationstyp sind.

Abweichend zu den für Parteimitglieder konstatierten Typen des Versammlungsbesuchers und der Karteileiche (ebd.), zeichnen sich Wählergemeinschaften durch aktive Allrounder und eher passive Mitglieder aus. Während Karteileichen sich auf ihre Rolle als zahlendes Mitglied in einer Partei beschränken, weisen passive Mitglieder einer Wählergemeinschaft jedoch ein vergleichsweise höheres Aktivitätsniveau auf. Wie Markus Klein (2006: 53)

konstatiert, partizipieren Karteileichen nicht an entsprechenden Parteiversammlungen und zeichnen sich auch sonst durch das fast vollständige Fehlen jeglicher Aktivität aus. Passive Parteifreie weisen im Vergleich zu ihren Mitstreitern zwar ebenfalls die geringste Aktivität auf, jedoch nimmt etwas weniger als die Hälfte nichtsdestotrotz an den Versammlungen der Wählergruppe teil (44,4 Prozent). Der Unterschied lässt sich dabei voraussichtlich auf die divergierende Organisationsstruktur von Wählergemeinschaften zurückführen. Aufgrund der kommunal begrenzten Aktivität und des häufigen Fehlens einer formalen Mitgliedschaft sowie der Entrichtung von Mitgliedsbeiträgen (Walther/Angenendt 2016) ist eine rein formale Mitgliedschaft in einer Wählergemeinschaft eher unattraktiv.

Die aktiven Allrounder sind hingegen durch ein insgesamt hohes Partizipationsniveau gekennzeichnet. Aktive dieses Typs weisen daher für sämtliche Aktivitäten den höchsten Wert auf und stellen etwa ein Fünftel aller Parteifreien.

Fazit

Kommunale Wählergemeinschaften stellten lange Zeit den blinden Fleck politikwissenschaftlicher Forschung in Deutschland dar. Aufgrund des schwierigen Feldzugangs beschränkten sich die Ergebnisse meist auf Fallstudien aus einzelnen Gemeinden⁹. Auf Basis der von 2014 bis 2016 durchgeführten repräsentativen Studie des Düsseldorfer Parteienforschungsinstituts PRuF zu den Mitgliedern kommunaler Wählergemeinschaften kann nun die Frage empirisch beantwortet werden, wer sich warum abseits der politischen Parteien bei den Parteifreien engagiert. Darüber hinaus wurde untersucht, ob sich diesbezüglich Unterschiede zwischen Parteifreien und Parteimitgliedern zeigen. Den theoretischen Ausgangspunkt bildete dabei das auf der weiten Variante der Rational-Choice-Theorie basierende generelle Anreizmodell, das sieben Dimensionen für den Eintritt in eine politische (Nicht-)Partei identifiziert.

Zunächst wurde sich der Frage gewidmet, wer in einer kommunalen Wählergemeinschaft partizipiert. Zusammenfassend zeigt sich, dass das typische Wählergemeinschaftsmitglied männlich sowie zwischen 50 und 64 Jahre alt ist. Ein Drittel der Mitglieder besitzen einen (Fach-)Hochschulabschluss, der den Modalwert des Bildungsabschlusses darstellt. Über die Hälfte der Befragten rechnet sich der mitt-

⁹ Eine erste bundesweit angelegte Studie zu den Präsenz- und Erfolgsbedingungen erfolgte ab 2004 an der Universität Halle-Wittenberg (u.a. Holtmann 2008; Reiser 2006).

leren Mittelschicht zu; beruflich sind etwa zwei Drittel als Angestellte oder Beamte tätig. Geringfügige Unterschiede zwischen Parteifreien und Parteimitgliedern ergeben sich zwar hinsichtlich der Altersstruktur, insgesamt zeigt sich jedoch eine weitgehende Übereinstimmung im Sozialprofil beider Gruppen.

Auch bezüglich der Beitrittsmotive liegen nur geringfügige Differenzen vor: Selektive, ergebnisbezogene Anreize besitzen für Parteifreie und Parteimitglieder den geringsten Stellenwert, kollektive politische Anreize den höchsten. Statt beruflicher Vorteile oder dem Interesse an einem öffentlichen Mandat ist also vor allem der Wunsch, sich für die Ziele der Wählergruppe einzusetzen, ein relevantes Beitrittsmotiv. Unterschiede offenbaren sich hinsichtlich altruistischer, normativer und expressiver Anreize in Bezug auf die Städtegrößenklassen: Der Wunsch, seiner Verantwortung als Bürger nachzukommen sowie der Einfluss von Familien und Freunden ist in Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern stärker ausgeprägt als in einwohnerreichen Gemeinden. Beeindruckende Persönlichkeiten und die Sympathie gegenüber der Wählergruppe besitzen hingegen in kleinen Gemeinden eine vergleichsweise geringere Relevanz.

Hinsichtlich der konkreten Partizipation in der Wählergruppe lassen sich vier Typen identifizieren: Neben den beiden Extremtypen der weitgehend passiven Mitglieder und aktiven Allrounder existieren ämterorientierte und geselligkeitsorientierte Aktive. Hier ist der deutlichste Unterschied zwischen Parteimitgliedern und Parteifreien zu beobachten: Wer sich in einer Wählergruppe engagiert, der beschränkt sich nicht auf eine formale Mitgliedschaft – sofern diese überhaupt existiert – sondern nimmt zumindest an den Versammlungen der Wählergemeinschaft teil.

Abschließend ist zu konstatieren, dass sich Wählergruppen zwar als Alternative zu den klassischen Formen politischer Organisation und Partizipation präsentieren, jedoch mit Blick auf ihre Mitgliederstruktur, ihren Beitrittsmotiven und Partizipationstypen den etablierten Parteien mehr ähneln als ihnen vielleicht selbst bewusst ist.

Literatur

Beck, Ulrich, und Elisabeth Beck-Gernsheim. 1994. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie. In *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*, Hrsg. Ulrich Beck und Elisabeth Beck-Gernsheim, 10-42. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Borchert, Jens. 2003. *Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses*. Frankfurt: Campus.

Brennan, Geoffrey, und James M. Buchanan. 1984. Voter Choice: Evaluating Political Alternatives. *American Behavioral Scientist* 28:185-201.

Brennan, Geoffrey, und Alan Hamlin. 2000. *Democratic Devices and Desires*. Cambridge: Cambridge University Press.

Dillman, Don A. 1978. *Mail and Telephone Surveys: The Total Design Method*. New York: Jon Wiley & Sons.

Dillman, Don A. 2006. *Mail and Internet Surveys: The Tailored Design Method*. New York: Jon Wiley & Sons.

Gabriel, Oscar W. 1991. Das lokale Parteiensystem zwischen Wettbewerbs- und Verhandlungsdemokratie. In *Parteien und regionale politische Tradition in der Bundesrepublik Deutschland*, Hrsg. Dieter Oberndörfer und Karl Schmitt, 371-396. Berlin: Duncker & Humblot.

Göhlert, Stefan, Everhard Holtmann, Adrienne Krappidel und Marion Reiser. 2008. Independent Local Lists in East and West Germany. In *Farewell to the Party Model? Independent Local Lists in East and West European Countries*, Hrsg. Marion Reiser und Everhard Holtmann, 127-148. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Grein, Armin. 2007. 'Großstädte – ein schwieriges Terrain für die Freien Wähler?' Einleitung zur Podiumsdiskussion, Bundesverbandstagung der Freien Wähler am 3. März 2007. Fallersleben.

Grundmann, Werner. 1960. *Die Rathausparteien*. Göttingen: Schwartz Verlag.

Holtkamp, Lars, Thomas Bathge und Caroline Friedhoff. 2015. Kommunale Parteien und Wählergemeinschaften in Ost- und Westdeutschland. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 9:1-18.

Holtkamp, Lars, und Thomas R. Eimer. 2006. Totgesagte leben länger... Kommunale Wählergemeinschaften in Westdeutschland. In *Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft*, Hrsg. Uwe Jun, Henry Kreikenbom und Viola Neu, 249-276. Frankfurt am Main: Campus.

Holtmann, Everhard. 2008. „Parteifrei“ aus Überzeugung und aus Verlegenheit. Einleitende Bemerkungen zu Präsenz und Profil Kommunaler Wählergemeinschaften in Deutschland. In *Parteifrei im Parteienstaat. Kommunale Wählergemeinschaften – Elektorale Verankerung und soziales Profil im Ost-West-Vergleich*, Hrsg. Marion Reiser, Adrienne Krappidel, Everhard Holtmann und Stefan Göhlert, 74-102: SFB 580 Mitteilungen, Heft 25.

- Holtmann, Everhard. 2012. Parteifrei im Parteienstaat – Kommunale Wählergemeinschaften in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bestandsaufnahme. In *Politik an den Parteien vorbei. Freie Wähler und Kommunale Wählergemeinschaften als Alternative*, Hrsg. Martin Morlok, Thomas Poguntke und Jens Walther, 25-50. Baden-Baden: Nomos.
- Holtmann, Everhard, Kristine Khachatryan, Adrienne Krappidel, Rebecca Plassa, Christian Rademacher und Maik Runberger. 2012. "Die Anderen" – Parteifreie Akteure in der lokalen Risikogesellschaft. In *Aufbruch der entsicherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung*, Hrsg. Heinrich Best und Everhard Holtmann, 150-171. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Klein, Markus. 2006. Partizipation in politischen Parteien. Eine empirische Analyse des Mobilisierungspotenzials sowie der Struktur innerparteilicher Partizipation in Deutschland. *Politische Vierteljahresschrift* 47:35-61.
- Klein, Markus. 2011. Wie sind die Parteien gesellschaftlich verwurzelt? In *Parteimitglieder in Deutschland*, Hrsg. Tim Spier, Ulrich von Alemann, Hanna Hoffmann, Markus Klein, Annika Laux, Alexandra Nonnenmacher und Katharina Rohrbach, 39-59. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kleinhenz, Thomas. 1995. *Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Laux, Annika. 2011. Was motiviert Parteimitglieder zum Beitritt? In *Parteimitglieder in Deutschland*, Hrsg. Tim Spier, Ulrich von Alemann, Hanna Hoffmann, Markus Klein, Annika Laux, Alexandra Nonnenmacher und Katharina Rohrbach, 61-78. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merten, Heike. 2012. Institutionelle Rahmenbedingungen Kommunaler Wählergemeinschaften – Der Einfluss des Parteienrechts. In *Politik an den Parteien vorbei. Freie Wähler und Kommunale Wählergemeinschaften als Alternative*, Hrsg. Martin Morlok, Thomas Poguntke und Jens Walther, 95-110. Baden-Baden: Nomos.
- Morlok, Martin, und Heike Merten. 2011. Partei genannt Wählergemeinschaft. Probleme im Verhältnis von Parteien und Wählergemeinschaften. *Die Öffentliche Verwaltung (DÖV)* 64:125-134.
- Nonnenmacher, Alexandra, und Tim Spier. 2014. Der Einfluss der Gruppengröße auf die Aktivität von Parteimitgliedern. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 66:369-393.
- Olson, Mancur. 1968. *Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen*. Tübingen: Mohr.
- Reiser, Marion. 2006. Kommunale Wählergemeinschaften in Ost- und Westdeutschland. Eine Analyse zur Präsenz der parteifreien Gruppierungen in vier Bundesländern. In *Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft*, Hrsg. Uwe Jun, Henry Kreikenbom und Viola Neu, 277-297. Frankfurt am Main: Campus.
- Reiser, Marion, Adrienne Krappidel, Everhard Holtmann und Stefan Göhlert, Hrsg. 2008. *Parteifrei im Parteienstaat. Kommunale Wählergemeinschaften - Elektorale Verankerung und soziales Profil im Ost-West-Vergleich*: SFB 580 Mitteilungen, Heft 25.
- Spier, Tim, Ulrich von Alemann, Hanna Hoffmann, Markus Klein, Annika Laux, Alexandra Nonnenmacher und Katharina Rohrbach, Hrsg. 2011. *Parteimitglieder in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stockinger, Hans-Gerhard. 1975. *Die kommunalen Wählervereinigungen in Bayern*. Würzburg: Hochschulschrift Universität Würzburg.
- van Biezen, Ingrid, und Thomas Poguntke. 2014. The Decline of Membership-Based Politics. *Party Politics* 20:205-216.
- Verba, Sidney, und Norman H. Nie. 1972. *Participation in America. Political Democracy and Social Equality*. New York: Harper and Row.
- Verba, Sidney, Norman H. Nie und Jae-On Kim. 1978. *Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Vogel, Bernhard. 1960. *Die Unabhängigen in den Kommunalwahlen westdeutscher Länder*. Heidelberg: Hochschulschrift Universität Heidelberg.
- Walther, Jens, und Michael Angenendt. 2016. Freie Wähler. Mitglieder, Identität und Organisation. Unveröffentlichtes Manuskript. Düsseldorf: Heinrich-Heine-Universität.
- Weeks, Liam. 2008. Independents in Government: A Sui Generis Model? In *New Parties in Government. In Power for the First Time*, Hrsg. Kris Deschouwer, 137-156. London, New York: Routledge.
- Whiteley, Paul F., und Patrick Seyd. 1996. Rationality and Party Activism: Encompassing Tests of Alternative Models of Political Participation. *European Journal of Political Research* 29:215-234.
- Whiteley, Paul F., Patrick Seyd, Jeremy Richardson, und Paul Bissell. 1993. Explaining Party Activism: The Case of the British Conservative Party. *British Journal of Political Science* 24:79-94.